



RUNDBRIEF der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit – SEPTEMBER 2011

Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
D - 10405 BERLIN
info@wilpf.de
www.wilpf.de



Internationaler WILPF-Kongress in San José, Costa Rica im August 2011

Liebe IFFF-Frauen und -FreundInnen,

Pura Vida heißt der Wahlspruch der Menschen in Costa Rica. Mit neuer Kraft bin ich nach vielen Begegnungen mit den meist freundlichen Ticos und Ticas, wie sie sich selbst nennen, aus diesem wunderschönen Land und seiner artenreichen Natur zurückgekehrt. Costa Rica, das als einziges Land der Welt den Aufbau einer Armee im Grundgesetz verbietet und als zweiter Staat nach Belgien den Gebrauch von Waffen mit angereichertem Uran gesetzlich verbietet (9.6.2011). Im Kampf gegen die Drogenmafia duldet Costa Rica jedoch seit 1998 eine US-Küstenwache zur Kontrolle der Häfen und Küsten, die jedes halbe Jahr vom Parlament bestätigt werden muss. Die Friedensbewegung im Land ist besorgt, weil die Regierung eine Grundgesetzänderung und zunehmende Militarisierung anstrebt (siehe Bericht von Heidi). Eine starke Polizeipräsenz im ganzen Land, vor allem jedoch in den von Touristen gerne aufgesuchten Gebieten, ist unübersehbar.

Erschöpft war ich nach einem anstrengenden Schuljahr leicht skeptisch zum WILPF-Kongress in San José aufgebrochen – mit über 120 Friedensfrauen aus 24 Ländern. Die meist jüngeren Frauen, die die fünf neuen Sektionen repräsentierten, beeindruckten durch ihr Engagement. Sie kamen aus der Demokratischen Republik Kongo, aus Nigeria, Spanien, Mexiko und Pakistan. Unsere Projekte (Peace Women: Maria Butler, Reaching Critical Will: Ray Acheson) und die Arbeit unserer Generalsekretärin Madeleine Rees wurden kompetent vorgestellt. Auch die eingeladenen Gäste überzeugten mit ihren Vorträgen, so zum Beispiel Sarah Masters vom Internationalen Kleinwaffenaktionsbündnis IANSA (s.u. mehr dazu). Mangels Kandidatinnen waren die Ergebnisse der Wahlen des Execu-

Adilia Caravaca aus Costa Rica,
neue Präsidentin von WILPF





tive Committees keine große Überraschung: Die Gastgeberin Adilia Caravaca aus Costa Rica wurde zur Präsidentin gewählt, sie wird unterstützt von den Vizepräsidentinnen Kerstin Grebäck, Schweden, Dr. Ila Pathak, Indien, Neelima Sinha, Indien sowie Martha Jean Baker aus Großbritannien. „Unsere“ Präsidentschaftskandidatin Marlène Tuininga war leider nicht bereit, auch als Vizepräsidentin zu kandidieren, wo sie alle Chancen gehabt hätte.

Auch die Schatzmeisterin Nancy Ramsden wurde wieder gewählt, obwohl wegen einer notwendig gewordenen Umstellung des Buchungssystems kein Finanzbericht vorlag, dieser wird nachgereicht und vom International Board (IB) per E-Mail bestätigt. Inge Stemmler aus der Niederlande leitet das Standing Finance Committee, welches sich vornahm, die Schatzmeisterin besser zu unterstützen. Während die Projekte in NY (s.o.) sich durch konsequentes Fundraising selbst tragen, bleibt die finanzielle Situation des Genfer Büros weiterhin schwierig; die Delegierten mussten dennoch die Einstellung einer Büroleiterin beschließen, weil Madeleine die von uns erwartete Arbeit nicht nur mit Praktikantinnen leisten kann. Das Weitere könnt ihr Heidi Meinzoits ausführlichem Bericht unten entnehmen.

Nachruf: In Costa Rica habe ich dann per email erfahren, dass unser Münchner Mitglied Josefine Löwenberg (26. Februar 1926 - 7. August 2011) gestorben ist. Sie war die Ehefrau des KZ-Überlebenden Martin Löwenberg und hat sich mit ihm vor allem auch im VVN (Verein der Verfolgten des Naziregimes) engagiert, kam aber auch zu unseren Veranstaltungen oder ist auf Demonstrationen mit uns gelaufen. Ich kann mich erinnern, wie stolz sie war, als sie eine Enkeltochter mitbrachte, die eine Arbeit über die IFFF schreiben wollte. In den letzten Jahren war sie im Pflegeheim.

Katharinenbotschafterin: Für einen mit 3000 € dotierten Preis als Katharinenbotschafterin der Stadt Torgau hatte ich Brigitte Schuchard und ihr Projekt „IFFF-Geschichtsbroschüre“ vorgeschlagen. Mit 9 weiteren Frauen wurden wir in der engeren Auswahl zum Katharinentag eingeladen. Die meisten vorgestellten Projekte fielen unter den Oberbegriff „ehrenamtliche Sozialarbeit“ und waren eher system-erhaltend, neben uns erhob nur ein Gender-Projekt der Uni Leipzig den Anspruch, die bestehenden politischen Verhältnisse zu verändern. Brigitte hielt eine sehr überzeugende Rede – und erhielt viel Applaus und Zuspruch aus dem Publikum. Den Preis erhielt jedoch die „Katharina-von-Bora-Stiftung“ Dudenhofen, deshalb werden wir jedoch nicht den Namen ändern!



Hartnäckige Friedensfrauen im Porträt, Vorstellung der Kandidatin Brigitte Schuchard: <http://www.wilpf.de/ueber-uns/presse/hartnaeckige-friedensfrauen-im-portraet.html>

Dank: Ich hatte der japanischen Sektion immer wieder Weblinks mit Informationen vermittelt. Noriko bat mich auf dem Kongress, der deutschen Anti-Akw-Bewegung Dank zu sagen für die politische Unterstützung nach Fukushima.



Kampagnenrat Atomwaffen Abschaffen: Die Kampagne „Unsere Zukunft Atomwaffenfrei“, an deren Aktionen wir auch immer wieder teilgenommen haben, war bis Ende 2010 konzipiert. Wir haben im Kampagnenrat eine Anschlusskampagne beschlossen, deren Ziel es ist, das Thema „Deutschland – atomwaffenfrei“ verstärkt in den Wahlkampf 2013 zu tragen und dafür zu sorgen, dass sich die Bundesregierung spätestens 2015 für eine Nuklearwaffenkonvention stark macht. Auch gegen die Modernisierung des Atomwaffenkomplexes wollen wir Stimmung machen. Susi Snyder, WILPFs ehemalige Geschäfts-



führerin, die jetzt für Pax Christi Niederlande arbeitet, stellte beim Kampagnenrat Atomwaffen Abschaffen die Ergebnisse einer Recherche vor, bei der sie zusammen mit dem Kollegen Wilbert van der Zeijden Interviews mit den 28 ständigen Ländervertretungen der NATO-Länder in Brüssel geführt hatte zum Abzug der Nuklearwaffen aus Europa (www.nonukes.nl ; auf deutsch, dank Wolfgang Schlupp-Hauk unter www.pressehuette.de, Freiraum). Vierzehn NATO–Staaten, d. i. die Hälfte, darunter Deutschland, unterstützen das Ende der Stationierung taktischer Atomwaffen aktiv, zehn weitere haben erklärt, eine Konsensentscheidung nicht zu blockieren, nur Frankreich, Ungarn und Litauen wollen die Atombomben in Europa unbedingt behalten, Albanien hat keine Meinung dazu geäußert. 17 NATO-Staaten, darunter Deutschland, halten einen Konsens innerhalb der NATO für die Voraussetzung zum Abzug. Mehr zum Thema unter www.atomwaffenfrei.de .

„Aktion Aufschrei“: Dem Trägerkreis und Aktionsbündnis dieser Abrüstungskampagne haben sich inzwischen zahlreiche Friedensgruppen angeschlossen. Macht mit: Unterschreibt online unter www.aufschrei-waffenhandel.de oder bestellt euch Unterschriftenlisten und Flyer bei info@gaia.de - Ohne Rüstung leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, zum Verteilen im Bekanntenkreis. Ziel ist es, 262 000 Unterschriften bis zur Bundestagswahl 2013 zu sammeln, den Tätern und Opfern des Rüstungsexports „made in Germany“ ein Gesicht zu geben und dem Grundgesetzartikel 26 folgende Ergänzung hinzu zufügen:

“Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt das Kriegswaffenkontrollgesetz. Kriegswaffen und sonstige Rüstungsgüter werden grundsätzlich nicht exportiert. Das Nähere regelt das Rüstungsexportgesetz.“

Deutschland ist der drittgrößte Rüstungsexporteur der Welt, in beträchtlichem Umfang wurden deutsche Waffen an Länder in Krisen- und Kriegsgebieten des Nahen Ostens, Asiens und Afrika verkauft. Wir fordern eine grundsätzliche Veröffentlichungspflicht der geplanten und erfolgten Exporte. Zur besten Sendezeit konnten wir z. B. Abend für Abend im libyschen Bürgerkrieg sehen, dass Menschen sich mit deutschen Präzisionswaffen und deutscher Munition töten.

Die Aktion Aufschrei passt auch gut zur WILPF-Kampagne: „You Get What You Pay For – Du Kriegst Krieg, Wenn Du Waffen Kaufst.“ Siehe dazu meine Rede zum Antikriegstag unten in Anlage 1. Rüstungsexporte sind für Frauen besonders bedrohlich. Wie Sarah Masters von IANSA (International Action Network on Small Arms) auf dem WILPF-Kongress noch einmal deutlich machte, hat der Export von Kleinwaffen tödliche Auswirkungen, besonders für Frauen (PowerPointPräsentation auf englisch bei mir erhältlich). 900 Millionen Gewehre gibt es weltweit, Staatsorgane besitzen etwa 25 %, 75 % sind in Privatbesitz. Über die Hälfte der Länder der Welt produziert Kleinwaffen und jedes Land kauft sie. Gewehre sind überwiegend in Männerhand. Die Wahrscheinlichkeit zu sterben, ist bei Angriffen mit Gewehren ums 12fache erhöht. Mit der Anzahl von Gewehren in einem Land steigt die Gefahr für Frauen, in Konflikt- wie in Friedenszeiten. Der Gebrauch von Gewehren, seien es legale oder illegale, forciert u. a. Frauenhandel, Zwangsprostitution und sexuelle Gewalt. Es ist viel wahrscheinlicher, dass ein Gewehr im Haus gegen eigene Familienmitglieder benutzt wird als gegen einen Angreifer von außen. Beispiel Kanada: Nach Verschärfung des Waffengesetzes ging zwischen 1995 und 2003 die allgemeine Zahl der durch ein Gewehr Getöteten um 15 % zurück, die Zahl der durch häusliche Gewalt mit einem Gewehr getöteten Frauen jedoch um 40 %!

Afghanistanprotest: Wir beteiligen uns auch an den Protesten gegen die Konferenz „Petersberg II“, auf der 10 Jahre nach Beginn die im Afghanistankrieg beteiligten Regierungen zusammenkommen, um eine neue Etappe des Krieges, und zwar eine angeblich zivilere, einzuleiten. Die US-Stützpunkte in Afghanistan, die Drohnen und Spezialeinheiten bleiben erhalten. Unterstützt den Aufruf unter www.afghanistanprotest.de. Erkundigt euch, wo in eurer Nähe ein Bus organisiert ist und kommt zur bundesweiten Großdemo in Bonn am 3. 12. 2011. Am 4. 12. findet eine Internationale Antikriegskonferenz in Bonn statt, am 5. 12. soll „Petersberg II“ durch phantasievolle Begleit-



aktionen kommentiert werden. Die Vorbereitungskonferenz ist am 15./ 16. Oktober im Bonner DGB-Haus.

Du Kriegst was du zahlst, was wollt ihr lieber?

1 Billion 531 Milliarden USD wurden im Jahr 2009 für Militärausgaben weltweit ausgegeben, für Entwicklungshilfe 126 Milliarden.

Für die Bankenrettung sind 750 Milliarden Euro vorgesehen.

Die UNO gibt an, es seien folgende Summen erforderlich:

- Extreme Armut und extremen Hunger ausrotten: 102 Milliarden
- AIDS-Behandlung und Impfstoffe gegen andere Epidemien: 19 Milliarden \$
- Slums in Wohnviertel umwandeln: 20 Milliarden \$
- Basisgesundheitsfürsorge, Ernährungssicherheit für alle: 13 Milliarden \$
- Sauberes Trinkwasser für alle: 9 Milliarden \$
- Zugang zur Grundbildung: 7,2 Milliarden \$
- Tretminen beseitigen: 2 Milliarden \$
- Kindersterblichkeit senken: 10 Milliarden

Jorge Semprun bedauert in seinem nicht gerade feministisch daherkommenden Buch *Algarabia* die Frauen, die es, egal welche Auswahl sie treffen, immer mit dem Familiennamen eines Mannes zu tun haben. 25 Jahre nach der Scheidung habe ich meinen Mädchennamen wieder angenommen, der, zugegebenermaßen, auch der Name meines Vaters ist – wie auch –lange- der Name meiner Mutter und meiner Schwestern.

Mit friedlichen Grüßen

Eure Irmgard Hofer, vormals Heilberger
neu: hofer@wilpf.de

WILPF/IFFF c/o Irmgard Hofer, St. Michaelsweg 2a, 86476 Neuburg, Tel.: 08283 - 92927

Bankverbindung: Postbank Hamburg 413 58 - 203 BLZ 200 100 20

- Spenden sind steuerlich abzugsfähig -

E-Mail: hofer@wilpf.de Webseite: www.wilpf.de

Nina Althoff, althoff@wilpf.de, Geschäftsstelle der IFFF/ Deutsche Sektion:

Liebe Ligafrauen, liebe Interessierte,

einen Tag nach dem Internationalen Tag des Friedens der Vereinten Nationen findet das *High Level Meeting* anlässlich des zehnten Jahrestages der **UN-Durban Erklärung gegen Rassismus** am 22.09.2011 in New York statt. Dass Deutschland daran nicht teilnehmen wird (<http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2011/110902-Gedenkveranstaltung-Durban.html>), löste bei uns Empörung und Unverständnis aus. Gegen die angekündigte Nichtteilnahme Deutschlands haben wir in einem Schreiben an Bundeskanzlerin Merkel und Außenminister Westerwelle protestiert und gefordert, die Teilnahme doch noch sicher zu stellen. Leider ohne Erfolg. Wir hatten darauf hingewiesen, dass die auf der UN-Weltkonferenz gegen Rassismus 2001 in Durban verabschiedete Erklärung gegen Rassismus und das Aktionsprogramm Meilensteine im Kampf gegen Rassismus sind. So haben die Sektionen von WILPF weltweit in einer internationalen Resolution zum *High Level Meeting* anlässlich des zehnten Jahrestages der Durban Erklärung ihre Unterstützung der Abschlussdokumente von Durban bekräftigt und alle UN-Mitgliedstaaten zur aktiven Teilnahme an der Veranstaltung im September in New York aufgefordert (zu den weiteren WILPF-Resolutionen siehe weiter unten Heidi Meinzolts Bericht).



Eine Teilnahme Deutschlands an dem High Level Meeting sollte einerseits die Errungenschaften der Erklärung und des Aktionsprogramms sowie der Abschlusserklärung der Durban Review Konferenz würdigen und gleichzeitig anerkennen, dass Rassismus weltweit und auch in Deutschland die Durchsetzung der Menschenrechte bedroht. Zehn Jahre sind seit der Konferenz vergangen, in denen sich einiges verändert hat und gleichzeitig vieles unverändert Bestand hat.

Deutschland trägt eine besondere Verantwortung gegenüber Israel, wie in der Erklärung der Bundesregierung zur Nicht-Teilnahme betont wird. Aber das umfasst insbesondere auch eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Rassismus, die aus vergangener Unrecht in Bezug auf den Holocaust und aber auch etwa dem Kolonialismus folgt. Gleichzeitig stellt Rassismus eine wieder auflebende und ansteigende Bedrohung in Deutschland dar. Die Debatte nach der Veröffentlichung der Thesen Sarrazins zeigte unverhohlenen Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft, der jedoch als solcher selten benannt wurde. Auch der Alltagsrassismus und strukturelle Formen von Rassismus, - seien es im Bildungssystem oder auf dem Arbeitsmarkt – werden hierzulande eher tabuisiert. Verschiedene menschenrechtliche Gremien haben wiederholt kritisiert, dass der Begriff Rassismus in Deutschland zu eng verstanden und nur im Kontext von Rechtsextremismus gesehen wird.

Wir haben bereits mit einem Schreiben vom Mai 2009 unsere große Bestürzung und Verständnislosigkeit über die Absage Deutschlands zur Teilnahme an der Durban Review Konferenz in Genf zum Ausdruck gebracht. Wir hatten auch dazu aufgefordert, uns darzulegen, in welcher Form das Abschlussdokument der DRK mitgetragen werden soll und insbesondere welche konkreten Schritte zur Umsetzung geplant sind, ohne jemals eine Antwort auf das Schreiben an damals noch Dr. Merkel und Dr. Steinmeier erhalten zu haben.

Es geht nicht nur um eine Stärkung des Kampfes gegen Rassismus, sondern auch um das Ansehen der Vereinten Nationen, das durch einen wiederholten Boykott geschwächt werden könnte. Als Mitglied der Vereinten Nationen und erst recht als derzeitiges Mitglied im Sicherheitsrat ist Deutschland verpflichtet, einen Dialog innerhalb der Staatengemeinschaft - mit all den Schwierigkeiten - zu führen. Ein Land wie Deutschland sollte Reden, die zum Hass aufstacheln oder andere einseitig diskriminieren, etwas entgegen setzen und nicht durch Fernbleiben das Feld denjenigen überlassen, die das Forum der Vereinten Nationen für rassistische oder antisemitische Hetze missbrauchen. Wie mit divergierenden Positionen umgegangen werden kann, verdeutlichte im Rahmen der Durban Review Konferenz 2009 der Vertreter Norwegens. Unsere Erwartungen an Deutschland, dass sie an dem High Level Meeting teilnehmen und dass dort klar gegen jegliche rassistische Äußerung Stellung bezogen wird, wurden leider enttäuscht.

Der offene Brief an Merkel und Westerwelle ist hier als PDF abrufbar:

<http://www.wilpf.de/cms/upload/DurbanSchreiben2011MerkelWesterwelle.pdf>

Mein Bericht zu Durban Review Konferenz 2009 findet Ihr hier:

<http://www.wilpf.de/themen/menschenrechte/durban-review-konferenz-bericht.html>

Die offizielle Webseite der UN zum High Level Meeting, auf der auch die Abschlusserklärung abrufbar sein wird: <http://www.un.org/en/ga/durbanmeeting2011/>

Und schließlich noch eine Vorstandserklärung der Deutschen Gesellschaft der Vereinten Nationen zur Nichtteilnahme Deutschlands, die ebenso wie wir das Fernbleiben kritisieren: „Nach "Durban II" auch "Durban III" ohne Deutschland“:

[http://www.dgvn.de/news.html?&no_cache=1&tx_ttnews\[tt_news\]=905&cHash=649535ecbcbf43499951bf60b408f0ad](http://www.dgvn.de/news.html?&no_cache=1&tx_ttnews[tt_news]=905&cHash=649535ecbcbf43499951bf60b408f0ad)

Das High Level Meeting wäre auch vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit dem **11. September 2001** wichtig gewesen. Die Attentate auf das World Trade Center jäherten sich dieses Jahr zum zehnten Mal. Der Anstieg des antimuslimischen Rassismus aber auch der Ausverkauf der Frauenrechte sind nur 2 Beispiele der bedrohlichen Entwicklungen, die in den zehn Jahren ihren Lauf genommen haben. „*Sicherheit und Freiheit sind nach 9/11 gefährdeter denn je*“ lautet die Überschrift der vom Forum Menschenrechte anlässlich des Jahrestages veröffentlichten Presseerklärung.



rung: <http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/pressemitteilungen/sicherheit-und-freiheit-sind-nach-9-11-gefaehrdeter-denn-je.html>. Eine kritische Bilanz aus menschenrechtlicher Sicht zieht Theodor Rathgeber im Auftrag des Forum Menschenrechte: http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2011/Hintergrundpapier_FMR_0911.pdf. Zur Sicherheits- und Menschenrechtspolitik nach dem 11. September findet sich auch ein Dossier des Deutschen Instituts für Menschenrechte: <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/themen/sicherheit/schwerpunkte/terrorismusbekaempfung/11-september-2001.html>. Zu den Protesten gegen Petersburg II hatte Irmgard schon geschrieben. Weitere Hinweise findet Ihr unten unter Terminen.

Während das High Level Meeting zur Durban Erklärung nur eintägig und die Abschlusserklärung sehr kurz ausfallen wird, hat auch der **dreißigjährige Geburtstag von CEDAW** keine große Beachtung gefunden. Am 3. September vor 30 Jahren ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) in Kraft getreten. Über den „Meilenstein gegen Diskriminierung: 30 Jahre UN-Frauenrechtskonvention“ schreibt Barbara Lochbihler (MEP Grünen, WILPF Mitglied und neuerdings Vorsitzende des Menschenrechtsausschusses im Europaparlament – Herzlichen Glückwunsch liebe Babsi!!) in ihrem Beitrag für die Heinrich-Böll-Stiftung: <http://www.boell.de/demokratie/geschlechter/feminismus-geschlechterdemokratie-meilenstein-gegen-diskriminierung-30-jahre-unfrauenrechtskonvention-12815.html>. Die Umsetzung ist gleichwohl noch in weiter Ferne. So beschreibt CEDAW in einer seiner neuesten Allgemeinen Bemerkungen etwa die Umsetzungsverpflichtungen und Problemlagen speziell in Bezug auf ältere Frauen, die im Falle mehrdimensionaler Diskriminierung besonders gefährdet sind, etwa Migrantinnen oder Frauen mit Behinderungen (auf English: <http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/GEN/G10/472/53/PDF/G1047253.pdf?OpenElement>). Die Empfehlungen werden sicherlich im nächsten Jahr anlässlich des Europäischen Jahres zum Aktiven Altern noch mal intensiver aufgegriffen werden. Beschämend für Deutschland ist, dass so wenig an die neue UN-Frauenorganisation UN WOMEN gezahlt werden soll, dass dies bereits von der Organisation gegenüber Deutschland kritisiert wurde. Eine Führungsrolle scheint Deutschland in Bezug auf die UN in keiner Weise ernsthaft einnehmen zu wollen, obwohl sie derzeit Mitglied im Sicherheitsrat sind. Zu begrüßen ist gleichwohl, dass es endlich den Ratifikationsbeschluss zur Europaratskonvention gegen Menschenhandel gegeben hat. Nach jahrelanger Lobbyarbeit für einen Beitritt Deutschlands ist das ein wichtiger Erfolg. Nun fordern wir gemeinsam mit anderen, dass Deutschland auch die neue Europaratskonvention gegen Gewalt gegen Frauen schnellstmöglich ratifiziert. Mehr dazu erfahren wir demnächst von Eleonore Broitzmann, die die IFFF im KOK, dem bundesweiten Koordinierungskreis gegen Frauenhandel, und in der AG Frauen im Forum Menschenrechte vertritt und die Expertin für dieses Thema ist. Weiter unten findet Ihr ihr Resümee auf die Frage „30 Jahre CEDAW – ein Grund zu feiern?“.

In der Zwischenzeit hat sich auch der Jahrestag der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki Anfang August zum 66mal gejähr. Die internationale WILPF Erklärung hierzu findet Ihr unter folgendem Link: <http://www.wilpf.de/themen/abruestung/66.-jahrestag-der-atombombenabwuerfe-auf-hiroshima-und-nagasaki.html>. Zum Thema folgen Ausführungen von Brigitte Obermayer direkt im Anschluss, siehe unten. Anlässlich der Jahrestage gab es einen Zweiteiler im ZDF zum NATO Doppelbeschluss, in dem unter anderem Dr. Ute Finckh, Vorsitzende vom Bund für Soziale Verteidigung zu sehen ist. Die Filme sind online zu sehen unter: Pershing statt Petting (1/2) - Helmut Schmidt und die Nachrüstung <http://www.zdf.de/ZDFmediathek#/beitrag/video/1399856/Pershing-statt-Petting>
Pershing statt Petting (2/2) - Der Abgang des Raketenkanzlers <http://www.zdf.de/ZDFmediathek/beitrag/video/1401358/Pershing-statt-Petting---Teil-2>.

Schöne Grüße sendet Euch
Nina Althoff (althoff@wilpf.de)



Brigitte Obermayer, Leiterin der IFFF-Regionalgruppe München, obermayer@wilpf.de:

Vor 66 Jahren wurden von den USA zwei Atombomben mit einer Nuklear Sprengkraft von 20 Kilotonnen auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen.

250 000 Kinder, Frauen und Männer starben.

370.000 Menschen erlitten schwerste Verletzungen und radioaktive Schädigungen.

Unzählige Kinder sind in der Folgezeit mit genetischen Schäden geboren.

Wir gedenken heute der Opfer von Hiroshima und Nagasaki.

Sie sind nicht die einzigen Opfer geblieben.

Bis heute haben weltweit insgesamt 2058 Atomtests durch acht Staaten stattgefunden. Die USA und die Sowjetunion haben 85 % der Tests durchgeführt. Knapp 26 % wurden in der Atmosphäre gezündet.

Diese Tests haben zu einer weltweiten Strahlenbelastung der Erde geführt, was die Gesundheit der Menschen in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft beeinträchtigte und beeinträchtigen wird.

Weitere Radioaktivität wurde durch den Gau in Tschernobyl und jetzt aktuell in Fukushima freigesetzt.

Wie gefährlich die radioaktive Verseuchung für die Menschen ist, wissen wir spätestens seit 1945.

Atombomben sind grausam, die Atomtechnik ist unbeherrschbar.

Trotzdem wird von der Rüstungsindustrie ein Abfallprodukt aus den Atomkraftwerken zur Herstellung von Uranmunition verwendet. Es ist abgereichertes Uran, im internationalen Sprachgebrauch als Depleted Uranium bekannt.

Es wurde zuerst von den USA und Großbritannien im Golfkrieg 1991 eingesetzt, später in Bosnien und Serbien 1994 im Kosovo 1999 sowie im Irak Krieg 2001. Möglicherweise wurde die Munition auch in Afghanistan eingesetzt. Das wird von den USA und Großbritannien jedoch dementiert.

Uran-Geschosse entfalten aufgrund ihrer extrem hohen Dichte eine größere Durchschlagkraft als konventionelle Munition. Außerdem entzündet sich das nach einem Treffer zu Staub gewordene und extrem erhitzte Metall im Innern des Panzers oder des Gebäudes selbst, das getroffene Ziel verbrennt. Dabei entsteht ein Uranoxid Aerosol in der Größe eines Nano-Partikels, das sich mit dem Wind weiträumig verteilt und mit Staub immer wieder aufgewirbelt wird.

Über die Atemluft, das Wasser und langfristig über die Nahrungskette gelangt DU in den menschlichen Körper. Es wird „inkorporiert“ und in fast alle Organe eingebaut. Über die Placenta erreicht Depleted Uranium auch das ungeborene Kind und kann es schwer schädigen.

Berichte über geschädigte Opfer erreichen uns aktuell aus Sardinien. Der Ort Salto di Quirra dient seit Jahrzehnten als Schieß- und Schrottplatz. Missbildungen bei Tieren wie Menschen haben die Staatsanwaltschaft zu Ermittlungen veranlasst. Unter Verdacht steht auch die deutsche Rüstungsfirma MBB, die dort für die Bundeswehr Uranraketen getestet haben soll. (TAZ 23/24.7.11)

66 Jahre nach dem Atombombenabwurf auf Hiroshima und Nagasaki ist der atomare Spuk nicht vorbei. Wir rufen auf zum Protest gegen die heutige Atom- und Militärpolitik. Es gibt keine Rechtfertigung für Atomwaffen. Wir fordern die nukleare Teilhabe Deutschlands sofort zu beenden.

Atomwaffen abschaffen - Atomkraftwerke ausschalten.



Eindrücke vom WILPF-Kongress in Costa Rica von Heidi Meinzolt



Ist ein Land mit einem "Ministerio della paz", einer im Straßenbild präsenten Friedenstaube, mit großen sichtbaren überproportionalen Investments in Schulen, Universitäten, Krankenhäuser und Naturparks nun ein aus der Welt gefallenes Friedensparadies? Im Quaker's peace hostel, in dem wir während des Kongresses wohnten – ganz in der Nähe des Oskar Arias (Ex-Präsident und Friedensnobelpreisträger)-Peace Center's – konnte man angesichts der reich bestückten Friedensbibliothek und der vielen Gruppen, die sich dort treffen schon fast diese Illusion nähren.

WILPF-Kongress in Costa Rica – oben in der Mitte Madeleine Rees, Generalsekretärin WILPF

Aber die Gefahr ist real, dass der Adler in Zukunft die Taube ersetzt: Amerikanische Küstenwachen sind präsent in den Häfen, Militärberater instrumentalisieren die Grenzkonflikte mit Panama (u. a. zur Durchsetzung eines der NAFTA ähnlichen Freihandelsabkommens) und Nicaragua (Streit um strategische Inseln) und vor allem den "Kampf gegen den Drogenhandel" und schüren Ängste in der Bevölkerung. Polizeikräfte werden in amerikanischen Schulungszentren quasi militärisch ausgebildet. Die öffentliche Meinung und die politischen Machtzentren werden für eine Verfassungsänderung weich geklopft. Die Gefahr ist also da und Francisco Cordero-Géné, der Präsident des Friedenszentrum, erzählte mir von der schwierigen Gratwanderung durch die Pflege freundschaftlicher Kontakte in Ministerien und eine radikale Position der Friedensbewegung. Die einstimmig von WILPF verabschiedete Resolution zur politischen Situation in Costa Rica bringt die warnende Stimme für die internationale Völkergemeinschaft zum Ausdruck.

So weit besteht also Einigkeit bei der Frauenliga: "**root causes of war**" müssen benannt werden – ganz im Sinne der Gründungsmütter 1915. Aber reicht es komplexe Einzelphänomene anzusprechen (Abrüstung, Armut, Ungleichheit, Resolution 1325...)? und dafür erfolgreiche Kampagnen zu lancieren?

Marlène Tuininga hat in ihrem **Eröffnungsreferat** den mutigen Versuch gemacht, einen großen Bogen von 1915 bis in die heutige Zeit zu schlagen.

Was uns 2011 von der damaligen Situation unterscheidet sei "*der enorme technologische Fortschritt, die finanzielle Globalisierung, die zur Armutsexplosion geführt hat, der Klimawandel und die Zerstörung der Erde und schließlich die Dominanz von Individualismus und Wettbewerb*".

Der tatsächliche Krieg sei hingegen - zumindest im globalen Norden - weitgehend ausgeblendet und komme als Wirtschaftskrieg um Ressourcen, Land, Handelsvorteile daher – wie eigentlich schon immer alle Kriege. Er richte sich gegen den globalen Süden, aber auch gegen die Armut im Norden und stehe somit in fundamentalem Gegensatz zur Charta der Vereinten Nationen, aber auch zu Artikel 3 der Satzung von WILPF. "WILPF sees as its ultimate goal the establishment of an economic order founded on the principles of meeting the needs of all people and not those of profit and privilege".



Nur mit einer Ideologie, die Angst schürt und manchmal Hass, könnten die "Dienstleister von Profit und Privilegien" noch ihre Scharen zusammenhalten. Damit sei der Weg zum "Antiterrorismus und zum Krieg gegen Drogen" vorgegeben und die Ursache des Kriegs nicht Aufrüstung, sondern die Mentalität, die Rüstung möglich macht.

Was geht das nun aber besonders uns Frauen an? Sie organisieren sich in Gruppen, um das (Über-)leben im Sinne des Gemeinwohls zu organisieren, sie sind Täterinnen und nicht nur Opfer. Von Grassroot-Aktivitäten aus erreichten sie oft große politische Reife und ein Verständnis globaler Zusammenhänge, die dem Patriarchat gefährlich zu werden scheinen.

Drei zentrale Ansatzpunkte rundeten Marlène's Referat ab:

1. die Frauen müssen sich wieder die Charta der Vereinten Nationen zu eigen machen
2. sie müssen die "Mutter Erde" in Zusammenarbeit mit weltweiten Bewegungen von Frauen und Indigenen zu ihrem Thema machen und
3. Prioritäten auf das Recht auf Bildung insbesondere junger Mädchen setzen.

Die Analyse war wichtig, aber wohl etwas zu ausschweifend, das Publikum wurde zunehmend unruhiger und gierte nach Konkretisierung in aktuelle WILPF-Politik. Der Fokus auf die Kreativität und den Mut der Frauen der Basis (z.B. marche mondiale des femmes), der Frauen aus dem Süden (z.B. via Campesina), die radikale und ernst zu nehmende Initiativen starteten – kam leider gerade einer jungen Frau aus Nigeria in den falschen Hals, in dem sie die Spaltung in "wir und ihr" innerhalb der Liga heftig angriff und Marlène unter großem Applaus mancher junger Delegierter als neokoloniale Predigerin angriff! Sicher ein denkwürdiges Missverständnis.

Im anschließenden - von der deutschen Sektion organisierten- "**Globalcafé**" beruhigten sich die Gemüter und es wurde konzentriert in drei Runden diskutiert :

1. Runde zu Auswirkungen des Wirtschaftskrieges in der jeweiligen Weltregion,
2. Runde über Hindernisse und Umsetzungschancen zur Veränderung unserer Gesellschaften zur Abschaffung der Kriege
3. Runde konkrete Anregungen für Programmdebatte zu den Schwerpunktthemen: UN-Rechte, Mutter Erde, Bildung.

Vielen Teilnehmerinnen fehlte im Anschluss eine erneute Öffnung ins Plenum – übrig blieben Stöße von Karten zu offenen Fragen, Kritikpunkten und Anregungen, die im Raum zirkulierten. Die alles überwölbende politische Debatte mit Auswirkungen auf die Programmdiskussion war das nicht – das muss selbstkritisch festgehalten werden, aber in zahlreichen interessanten Gesprächen wurden Ansätze weitergesponnen, interkulturell reflektiert und politisch bewertet. Vielleicht war das aber auch ein Grund dafür, dass das WILPF-Programm für die nächsten 5 Jahre gar nicht mehr weiter diskutiert, sondern nach einer geschickten Vorstellung durch die Generalsekretärin Madeleine Rees mit großem Applaus – natürlich unter dem Vorbehalt der desaströsen finanziellen Lage - angenommen wurde.

Und dann ging es Schlag auf Schlag – **Optimismus** war angesagt: Zwei Studentinnen des WILPF Team 15 der Uni in Minneapolis/US stellten erfolgversprechende Marketingstrategien vor, dynamisch junge erfolgreiche Projektleiterinnen, Ray Acheson (reaching critical will) und Maria Butler (peacewomen) rissen alle in den Sog von

c onnectivity,
o rganising,
s ecurity,
t aking back the agenda,
a ctivate all for peace

Campaigning, Empowerment, Inspiration, Action und vor allem fundraising, fundraising!

Das Erfolgsmodell "Zukunft WILPF" wurde vorgestellt im Workshop von Petra Töttermann, der Geschäftsführerin der schwedischen Sektion. Worum geht es: Geld einwerben für Projekte im Rahmen "unseres integren Programms", damit neue Jobs für junge engagierte, akademisch gebil-



dede Friedenskämpferinnen entstehen. Von wem: auch von Regierungen oder große Stiftungen, damit haben wir größeres Gewicht an politischem Lobbying und politischem Einfluss und - "hej, wir sterben nicht aus, sondern erleben grandios den 100. Geburtstag! **Waffenabschaffen mit fun!**"

Ob diese Tendenzen der Radikalität der politischen Forderungen gegen (z.B. vor allem ökonomischen) Krieg, für Unabhängigkeit im Denken, für feministische antikapitalistische, antipatriarchale Ansprüche an gesellschaftliche Veränderungen gerecht werden und eben nicht dem Interesse von potentiellen Gebern geopfert werden und/oder in der Prioritätensetzung angepasst werden müssen und sich somit abschleifen (wie wir das auch in der progressiven politischen Szene leidvoll erfahren haben) – tja, das bleibt meine Frage und stellt mein Liga-Selbstverständnis schon auf eine harte Probe!

Noch ein paar Sätze zu den verabschiedeten **Resolutionen** und den darin versteckten politischen Debatten, die durch die Formalisierungen von UN-Dokumenten nicht auf der Strecke bleiben dürfen. Die von der deutschen Sektion eingebrachte Resolution zu Migration wurde zweigeteilt, der speziell auf Europa zugeschnittene Teil (u.a. Frontex) soll von den europäischen IB-Mitgliedern bzw. auf einem ausstehenden europäischen Treffen verabschiedet werden. In der Resolution zum arabischen Frühling findet sich die Forderung nach sofortiger Beendigung und Ächtung militärischen Engagements (vgl. IFFF-Erklärung zu Beginn des Libyeneinsatzes) neben der Begrüßung und Unterstützung der arabischen Frauen im Kontext der Revolutionen, die Resolution zu Nahost beruht auf einer Vorlage der (zum wiederholten Male) bedauerlicher Weise nicht erschienen palästinensischen Sektion; sie enthält neben der Forderung nach Ende der Besatzungspolitik und einer Unterstützung der Boykottbewegung (BDS) vor allem eine klare Aufforderung an die UN-Staaten, die Aufnahme Palästinas als Vollmitglied zu unterstützen. Wichtig als Informationspunkt ist die Resolution zur drohenden und fortschreitenden Militarisierung in Costa Rica. Eine von Talat Sabbagh u.a. eingebrachte Resolution zur Gewalt gegen iranische Frauen in Haft wurde an die Delegierten verwiesen, das Protestschreiben an ihre Regierungen und Botschaften zu schicken. Link zu den Resolutionen: <http://www.wilpf.de/aktuelles/aktuelle-resolutionen/index.html>

Das **Nahost Comitee** ist wieder erstanden als hoffentlich aktive Working group (e-mail-Liste) unter Leitung von Nouha Ghosn aus Libanon, die u. a. auch verstärkte Kontaktaufnahme zu Frauen aus dem arabischen Raum vorschlägt.

Die **Working group zu Un-Resolution 1325** (e-mail-Liste) unter Federführung von Lyn Lane aus Australien und Maria Butler/Peacewomen empfiehlt zunächst noch im Oktober einen Fokus auf die kritische Bewertung der Verpflichtungen zu setzen, die die UN-Mitgliedsstaaten zur Umsetzung der Resolution jeweils eingegangen sind. Außerdem soll das Training der Peacekeeper unter die Lupe genommen werden.

Eine neue **Arbeitsgruppe zu Ernährungssouveränität** wurde eingerichtet unter Federführung von Conny Bergé aus Holland und Amy Worrall aus Großbritannien. Der Kontakt zu den FAO-Aktivistinnen in der italienischen Sektion wird angestrebt.

Nachdem es voraussichtlich bis 2015 kein internationales Treffen mehr geben wird, wird vorgeschlagen, verstärkt **regionalen Austausch bzw. Treffen** zu organisieren. Für uns heißt das, sich auf europäischer Ebene einzuklinken; ein erstes Treffen ist noch im Herbst in Rom angedacht. Schwerpunkt soll sowohl die Ernährungssouveränität sein, als auch Migration und der Kontakt zum Mittelmeerraum (übrigens Ada Donno, die frühere WILPF-Präsidentin Italiens ist jetzt Vorsitzende der "donne del Mediterraneo").

Der nächste Kongress zum **100. IFFF/ WILPF-Geburtstag in Den Haag** ist geplant vom 22.-25.4.2015 (www.wilpf2015.org). Einklinken in die Planung, Ausstellung, Forschungsstipendien ... und ins Fundraising für damit verbundene konkrete Projekte ist dringend geboten!



Link zu einem weiteren Kongressbericht von Maria Butler, Program Associate for PeaceWomen Project in New York WOMEN PEACE AND SECURITY:

<http://www.wilpf.de/aktuelles/veranstaltungen/wilpf-kongress-2011.html>

30 Jahre CEDAW – ein Grund zu Feiern? von Eleonore Broitzmann

Nicht unbedingt, denn auch nach 30 Jahren sind wir von der realen Gleichberichtigung / Teilhabe in vielen Bereichen noch ein Stück, bis manches Mal auch sehr weit, entfernt.

Vor 30 Jahren haben die VN mit dem CEDAW¹-Ausschuss ein Instrument geschaffen, das weltweit für die Umsetzung der gleichen Teilhabe der Frauen in allen Bereichen, in allen Staaten sorgen soll. Da fällt unser Blick und vor allem der unserer Regierung bei Forderungen zur Umsetzung doch immer gern auf andere Staaten. In unserem eigenen Land geht dieser Blick leider sehr oft ins Leere.

Das wäre z.B. gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Da kann man der aktuellen Presse entnehmen, dass die Schere sogar größer statt kleiner wird.² Und das nicht nur nach 30 Jahren CEDAW sondern auch nach 62 Jahren Grundgesetz, in dem das Gleichheitsprinzip von Mann und Frau ebenso festgeschrieben ist.

Da die CEDAW-Kommission nicht nur die offiziellen Staatenberichte der Ratifizierungsländer in ihrer Beurteilung zur gleichen Teilhabe der Frauen berücksichtigt, sondern auch die Berichte von NRO's (Nichtregierungsorganisationen), ja diese sogar ausdrücklich zu Stellungnahmen auffordert, gibt es mittlerweile in Deutschland sogenannte Parallelberichte von NRO's zum Staatenbericht. Diese Berichte gehen auf die Aussagen im Staatenbericht ein, beschreiben die jeweilige reale Situation und stellen Forderungen zur Verbesserung. Einer der ersten Parallelberichte in Deutschland, damals noch als Schattenbericht bezeichnet, wurde 2000 vom [KOK e.V.](#) mit dem Hauptthema Menschenhandel erstellt. Der zweite Schattenbericht 2003 gründete schon auf einer breiteren Basis. Wieder unter der Federführung des KOK beteiligten sich bereits sieben NRO's, darunter der Deutsche Frauenrat am Schattenbericht, dessen Themen damit erweitert wurden. Der letzte Schattenbericht von 2009, jetzt Parallelbericht genannt, basierte auf einem sehr breiten Bündnis von NRO's (insgesamt 29 Verbände und Gruppen) und wurde diesmal unter der Verantwortung des Deutschen Frauenrats erstellt.

Aufgrund dieses Parallelberichts ist die Regierung in der Stellungnahme der CEDAW-Kommission zum Staatenbericht in etlichen Punkten zu konkreten [Handlungen aufgefordert](#). Wobei eine Aufforderung die höchste Rüge ist, die der Ausschuss aussprechen kann. Dies stand in großem Kontrast zum Pressebericht des BMFSFJ in dem die Regierung verkündete, sie sei für ihren Bericht und die bisher getroffenen Maßnahmen zur gleichen Teilhabe der Geschlechter in allen Bereichen des öffentlichen Lebens belobigt worden und alles wäre bestens.

Ich denke es ist für uns, als NRO, wichtig den Prozess der Umsetzung seitens der Regierung zu überwachen und gegebenenfalls einzufordern. Vielleicht können wir dann bei 40 Jahre CEDAW feiern.

¹ UN-Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form der Diskriminierung der Frau (Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination Against Women, kurz: CEDAW).

² Lt. Eurofound 2011 inzwischen 23,2%, vor 5 Jahren noch 22,7%. Deutschland ist damit auf dem drittletzten Platz in Europa



Bericht zum ENA-Workshop der IFFF ZIVIL STATT MILITÄRISCH in Freiburg am 13. August 2011 von Kiki Koeltz

Vom 9. bis 14. August 2011 veranstaltete das Europäische Attac Netzwerk in Freiburg im Breisgau unter dem Motto „Unsere gemeinsame Zukunft bauen – Alternativen für eine bessere Welt entwickeln!“ die European Network Academy for Social Movements (ENA). Auf dem Programm standen mehr als 130 Workshops und Podien zu den vier Leitthemen „Wege aus der Demokratiekrise der EU“, „Wege zu einem demokratisch kontrollierten Finanzsystem“, „Wege zu einem umweltgerechten Europa“ und „Wege zu einem sozialen Europa“. Insgesamt waren ca. 1.300 Teilnehmer aus allen Herren Ländern zur Albert-Ludwigs-Universität Freiburg gekommen um zu diesen Themen zu arbeiten.

Auch die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit war mit einem von ihren Berliner Mitgliedern Nina und Julia Althoff sowie Kiki Koeltz veranstalteten Workshop aktiv bei der europäischen Sommerakademie vertreten.

An unserem Workshop, der von Nina Althoff erfolgreich geleitet wurde, fanden sich immerhin 8 Teilnehmende, unter anderem zwei aus Schweden, ein, um zu diesem Thema „Zivil statt militärisch“ zu diskutieren. Zur Einstimmung auf die Thematik zeigten wir zunächst WILPF's Film „Security – What is it?“, der auf beeindruckend einfache Weise verdeutlicht, wie viel Geld in die Aufrüstung fließt und was stattdessen mit dem gleichen Geld an friedenssichernden oder humanitären Maßnahmen verwirklicht werden könnte

(<http://www.wilpf.de/themen/abruestung/index.html>). Einen kleinen Lichtblick in diesem Zusammenhang bietet der Entwurf des beratenden Ausschusses des UN-Menschenrechtsrats zum Menschenrecht auf Frieden

(http://www2.ohchr.org/english/bodies/hrcouncil/advisorycommittee/right_to_peace.htm). In insgesamt 14 Artikeln formuliert der beratende Ausschuss des Menschenrechtsrats seine Vorstellung eines Menschenrechts auf Frieden. Neben der in Artikel 1 genannten Verpflichtung aller Staaten, jegliche Auseinandersetzung mit friedlichen Mitteln auszutragen – also eine klare Forderung für zivile Konfliktlösung – nennt das Dokument als Bestandteil eines Menschenrechts auf Frieden unter anderem das Recht auf Sicherheit und Abrüstung, Peacekeeping, das Recht auf wirtschaftliche, soziale, kulturelle und politische Entwicklung, auf eine saubere Umwelt und die Rechte von Flüchtlingen und Migranten.

Obwohl die Teilnehmenden unseres Workshops von dem Entwurf noch nichts gehört hatten, entwickelte sich im Anschluss an die Lektüre der einzelnen Artikel eine rege Diskussion zum Pro und Contra des Entwurfs. Positiv wurde hervorgehoben, dass das Thema durch den Entwurf an die Öffentlichkeit gebracht wird und möglicherweise das Bewusstsein für die Notwendigkeit einer völkerrechtlichen Manifestierung eines Menschenrechts auf Frieden wenn nicht vollständig schafft, so doch

zumindest erhöht. Auch fiel die Betonung der Beteiligung der Zivilgesellschaft in einigen Artikeln positiv auf. Andererseits wurde bemängelt, dass das Dokument im Grunde „zu viel will“. In den 14 Artikeln werden zahlreiche zum Teil sehr unterschiedliche Themenbereiche abgedeckt, für die es teilweise bereits etablierte Regelungen und Mechanismen gibt (zum Beispiel bei der International Labour Organisation - ILO). Insofern wirke das Dokument ein wenig wie ein Sammelsurium, das zudem noch die





Schwäche der terminologischen Unbestimmtheit aufweist. Viele der Formulierungen seien noch zu unkonkret und ließen zu viel Interpretationsspielraum. Angeregt wurde, statt ein neues völkerrechtliches Dokument zu schaffen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte fortzuentwickeln und um ein Recht auf Frieden zu ergänzen. Die Teilnehmenden wurden in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass sie ihre Anregungen und Forderungen im laufenden Konsultationsprozess zu dem Entwurf einbringen können. Insgesamt war es ein interessanter und lebendiger Workshop, von dem sicherlich wir von der IFFF wie auch die Teilnehmenden profitiert haben.

Nicht zuletzt soll noch erwähnt werden, dass wir unser Kampagnenmaterial („You get what you pay for“-Taschen, Flyer) an viele ENA-Besucher verteilen konnten, die jetzt rund um den Globus Werbung für unsere Botschaft für Frieden und Freiheit machen.

Weitere Informationen zu ENA 2011 findet Ihr hier: <http://www.ena2011.eu/>

Für Frauenrechte nach Algerien, September/Oktober 2010 von Nouria Ali-Tani

Tief blaues Meer, raue Felsen, rote Erde, eine weiße Millionenstadt und das alles überragende Denkmal des Widerstands auf dem Berg, Wind in den Palmen und eine untergehende Sonne, und dieser Duft in der Luft...so begrüßt mich Algerien. Ich bin dem Ruf einer Kollegin aus dem Netzwerk „Women Living Under Muslim Laws“ folgend hierher aufgebrochen. Ihre Organisation D., die 1994 während des Bürgerkrieges gegründet wurde, um die Rechte der Opfer zu vertreten, steckt in Schwierigkeiten und braucht Rat von außen. Speziell ein EU-finanziertes Frauen-Projekt muss überarbeitet und in Gang gebracht werden. Karima, Gründerin, Präsidentin und alles antreibender Motor von D., hat mich also gebeten, für einen Monat nach Blida zu kommen, um sie und die Mitarbeiter zu beraten.

Nun bin ich tatsächlich da, am Flughafen von Algier, ca. 40 km von Blida entfernt. Doch wo ist Karima? Niemand erwartet mich, wie verabredet, am Flughafen. Sie hat die Daten verwechselt und erst 2 Wochen später mit mir gerechnet. Das scheint, wie ein erstes Omen, denn von Warten und Kommunikationsproblemen wird mein gesamter Aufenthalt geprägt sein. Doch nicht etwa konkrete Sprachprobleme sind die Ursache, sondern Denken, Leben und Arbeiten funktionieren hier einfach anders. Und auch im übertragenden Sinne wird tatsächlich eine andere Sprache gesprochen.

Karima ist ein Workaholic, die die Organisation neben ihrem Vollzeitjob am Abend und in der Nacht irgendwie managt. Häufig und spontan reist sie zu Konferenzen ins Ausland. Während meines Aufenthalts sehe ich sie ganze vier Mal und versuche mindestens 500 Mal vergeblich, sie ans Handy zu bekommen. So muss ich die Dinge selbst in die Hand nehmen, mich organisieren und meinen Aktionsplan für die vier Wochen entwerfen.

Untergebracht bin ich bei Amal, der Schwester von Karima. Amal ist seit einigen Jahren geschieden und lebt gemeinsam mit ihren beiden Töchtern sowie dem unehelichen Kind der einen nahe der Altstadt. Das Appartement ist sehr geräumig, kaum mit Möbeln oder sonstigem Tand gefüllt und liegt hoch oben in einem Wohnblock mit Blick auf den Souk und die Berge. Ich fühle mich sofort wohl, aber die Frauenschicksale, denen ich hier begegne, berühren mich sehr. Als geschiedene Frau hat man es schwer in Algerien. Finanzielle Unterstützung vom verdienenden Ehemann erhält man nur auf freiwilliger Basis, der Staat hilft auch nicht weiter, und das soziale Ansehen ist gering. Zohra, das uneheliche Enkelkind, ist Resultat einer Vergewaltigung innerhalb der Familie und wird vor der Öffentlichkeit geheimgehalten. Das heißt die Kleine hat noch nie die Wohnung verlassen. Auch die drei Frauen verlassen kaum die Wohnung. Die Tage werden mit Fernsehgucken, Schlafen, Essen, Kochen oder Waschen verbracht. Es gibt kaum Abwechslung, so dass am Abend vorbei ziehende Hochzeitsprozessionen ein helle Aufregung erzeugendes Ereignis darstellen. Die Atmosphäre ist überwiegend von Resignation und Melancholie geprägt. Es gibt kaum Hoffnung auf eine bessere Zukunft wie z.B. eine bezahlte Arbeit. Auf viele sehr ähnliche Frauenle-



ben treffe ich in den nächsten Wochen. Fateha, eine Kollegin im Büro von D., ist Witwe. Ihr Mann wurde während des Bürgerkriegs von den islamistischen Terroristen ermordet. Als Witwe erhält auch sie kaum finanzielle Unterstützung. So ist sie in das elterliche Heim zurückgekehrt, musste die beiden Kinder aber in die Familie ihres Ehemannes geben und lebt also gezwungenermaßen getrennt von ihnen. Das schreiben die algerischen Familiengesetze und sozialen Normen so vor. Auch Samia, eine Nachbarin und bald mir sehr liebe Freundin, verlässt kaum die Wohnung. Ihre drei Kinder erhalten sie am Leben. Auch sie ist von Depression und Resignation gezeichnet. Seit einem schweren Autounfall hat ihr Ehemann sie quasi „aufgegeben“, misshandelt sie physisch und psychisch und hält sich eine Zweitfrau. Samia erhält keinerlei Geld von ihm, obwohl er ein sehr reicher Mann ist. Aber sie sieht sich gezwungen, bei ihm zu bleiben. Denn wo sollte sie hin, hier in Algerien? Und wovon leben? Und das soziale Ansehen?

Ich werde oft wütend. Es gibt hier so viel zu tun, so viel einzuklagen und so viele Geschlechterungerechtigkeiten zu beheben.

Der Sitz der Organisation D. scheint bei meiner Ankunft im Dornröschenschlaf zu liegen. Die langen und heißen Sommerferien haben ihre Spuren hinterlassen. Telefon und Internet funktionieren nicht, es gibt kein Geschirr, und der Gaskocher zum Tee oder Kaffee kochen, wurde gestohlen. Doch das Potenzial dieses Ortes, dieser weißen Villa mit dem großen Garten, ist enorm. Rosen, Oleander und Feigenbäume duften zwischen Gerümpel und Gestrüpp. Hier werden Alphabetisierungskurse und Seminare zu Frauenrechten veranstaltet, hier finden Menschen einen Ort zum Ausruhen, Rat und Unterstützung. Häufig kommen Männer, Frauen und Studentinnen vorbei, einfach nur, um Hallo zu sagen und um sich ein bisschen zu unterhalten. Solche Orte sind rar in Blida. Und es befinden sich auch noch einige leerstehende Baracken auf dem Grundstück. Meine Phantasie fängt an zu arbeiten. Man könnte weitere Frauenprojekte aufbauen, z.B. Behausungen für Witwen, geschiedene Frauen oder alleinerziehende Mütter schaffen, Veranstaltungen oder ganz einfach Feste organisieren...

Die Büros wurden bereits gut mit dem EU-Fonds ausgestattet. Es gibt ausladende, robuste Schreibtische, Ledersessel, eine Bibliothek mit feministischer Lektüre (ein Juwel hier in Blida), ein Büro für die Juristin, ein Büro für die Psychologin und ein eigenes Büro für mich. Allein das Personal lässt nach der Sommerpause noch auf sich warten. Auch nach dem Studium der Akten und der Jahresplanung gibt es Dinge zu bemängeln, und täglich halte ich Beobachtungen, Ideen und Verbesserungsvorschläge in meinen Notizen fest. Nebenbei entwickeln die Sekretärin und ich neue Informationsbroschüren, Flyer und Plakate für das Projekt.

In Algerien wurden nationale Eintracht und Frieden 2005 ganz offiziell nach vielen Jahren eines blutigen Bürgerkriegs, Massakern und unglaublicher Gewalt an Frauen mit der „Charte pour la Paix et la Réconciliation“ (Charta für Frieden und Versöhnung) von der Regierung deklariert. Doch hier herrscht kein Frieden, und Resolution 1325 wäre Gold wert. Doch niemand, dem ich begegne, hat jemals von ihr gehört. Frauen, aber auch die meisten Männer, werden vom politischen Geschehen ausgeschlossen, vom Staat unterdrückt und gepeinigt. Und die ehemals mordenden Islamisten leben friedlich und mit staatlicher Unterstützung unter Ihnen. Versammlungen, Demonstrationen und demokratische Aktion werden extrem kontrolliert und zumeist verboten. Weiterhin gilt der Ausnahmezustand. Und Frauen leiden auch hier doppelt unter den patriarchalen Machtstrukturen. Öffentliche und private familiäre Unterdrückung, sanktioniert durch die Familiengesetze, wiegen schwer. Des Weiteren nehmen allgemeine Korruption, hohe Lebensmittelpreise, Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel den meisten die Kraft, um aufzubegehren. Frau konzentriert sich auf das ganz Unmittelbare, die Familie, die Nachbarn, den Haushalt und ägyptische Soap Operas.

Doch in der Hauptstadt Algier weht auch ein anderer Wind. Viele Male begeben sich mich her, häufig um an Treffen feministischer Arbeitsgruppen teilzunehmen. Unter anderem bereiten wir, d.h. Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen sowie Universitätsprofessorinnen im Sozialministerium eine internationale Konferenz zu dem Thema Gewalt gegen Frauen vor. Auch während dieser Treffen erlebe ich die Probleme und inneren Differenzen der algerischen Frauenbewegung. Konkurrenz, persönliche Eitelkeiten, Lagerbildung. Deutlich unterscheiden sich die wohlhabenden



Akademikerinnen von den Basisaktivistinnen in ihrer Art des Auftretens und Argumentierens. Karima gehört zu den Neutralen und scheint mit allen recht gut zu fahren. Für mich sind dies spannende Begegnungen. Alles, was ich mir in vielen Jahren der Recherche über Frauenrechte und Frauenbewegung in Algerien angelesen habe, kann ich nun überprüfen. Die hier versammelten Frauen sind unheimlich lebendig, dynamisch und laut, vor Energie und Ideen berstend und überhaupt nicht resignierend. Hier weht ein Wind der Hoffnung!

Die vier Wochen sind wie im Nu verflogen. Viel zu schnell. Noch so vieles hatte ich geplant: Besuche bei verschiedenen Organisationen der Region, Interviews, aber auch ganz einfache Museumsbesuche. Karima möchte, dass ich bald wiederkomme und das Projekt „Dar Houria – Maison Liberté pour les Femmes“ übernehme und weiterentwickle. Ich bin dem sehr zugeneigt, fühle mich hier gebraucht und am rechten Ort, um mit meinen Erfahrungen aus dem „Norden“ den Kampf für Frauenrechte zu unterstützen. Ich fühle mich hier in der Lage, Dinge mit zu bewegen, zu verändern, Frauen zu stärken, für sozialen Frieden zu arbeiten. Und die Menschen sind so herzlich, die Natur einfach wunderschön, und das einfache Leben gefällt mir sehr. Doch könnte ich dauerhaft in Algerien sein, zurecht kommen, mich wohl fühlen?

Auch als ich Algier wieder gen London verlasse, strahlt die Herbstsonne und ein starker Wind weht. Der Horizont ist weiß und blau. Vielleicht komme ich ja wieder, bald...

** Die Namen der Personen wurden geändert*

Terminhinweise

BERLIN – 20. September 2011, Bündnistreffen 1325: Das nächste Treffen vom Bündnis 1325 findet statt am 18. September 2011, 15-18 Uhr, im Deutschen Frauenrat, Axel-Springer-Str. 54a, Infos über h.engels@frauenrat.de.

BERLIN – 21. September 2011 (Weltfriedenstag der Vereinten Nationen) Friedensfilme, Projektvorstellung und Gespräch: ab 18:30 Uhr im Movimiento, Kottbusser Damm 22, Berlin, Kreuzberg, www.movimiento.de. Der Dokumentarfilm „Zur Hölle mit dem Teufel“ zeigt, wie Frauen in Liberia mit kreativen Aktionen in einem extrem gewaltgeprägten Umfeld gewaltfrei für politische Veränderungen kämpfen – und viel erreichen. Anschließend wird das WFD-Projekt USOFORAL (Senegal) vorgestellt. Auch hier, in der Provinz Casamance, arbeiten Frauengruppen gewaltfrei und kreativ an der Überwindung der Gewalt. In der Pause ist Gelegenheit zum Gespräch mit WFD-Freunden und MitarbeiterInnen bei afrikanischem Imbiss. Zum Abschluss (ca. 20h30) wird der Film „Die Chefin“ gezeigt, ein eindrucksvolles Porträt der liberianischen Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf. Dieser Film über die erste gewählte Staatschefin Afrikas reflektiert die Probleme des Übergangs aus der Bürgerkriegszeit in demokratische Verhältnisse. Er wurde vom WFD-Projektpartner STEPS (Südafrika) produziert. Kontakt beim Weltfriedensdienst: Katrin Steinitz, 030 25 39 90 22, steinitz@wfd.de, www.wfd.de. Eintritt frei, um Spenden wird gebeten.

MÜNCHEN – 22. September 2011, Bericht vom Kongress der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit in Costa Rica im August 2011 von Irmgard Hofer, Heidi Menzolt, Talat Sabbagh: 19 Uhr, eine Welt Haus, Schwanthaler Str. 80 RGB, München (Raum U20), U-Bahn, Theresienwiese

BERLIN – 26. September 2011 Abrüstung als Krisenprävention: Öffentliche Anhörung der Unterausschüsse "Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung", "Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung" und "Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit" des Auswärtigen Ausschusses von 15:30 bis 19 Uhr im Europasaal 4.900 des Paul-Löbe-Hauses in Berlin. Die Sitzung wird zeitversetzt im Parlamentsfernsehen und im Web-TV auf www.bundestag.de übertragen. Interessierte Besucher können sich beim Sekretariat des Ausschusses (Telefon: 030/227-33046, Fax: 030/227-36131, E-Mail: [15](mailto:auswaertiger-</p></div><div data-bbox=)



ausschuss@bundestag.de) unter Angabe des Vor- und Zunamens sowie des Geburtsdatums anmelden. Zur Sitzung muss ein Personaldokument mitgebracht werden. Informationen über die geladenen Sachverständigen können hier abgerufen werden:

http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2011/35240173_kw39_pa_krisenpraevention/index.html.

BERLIN - 26. September 2011 - Anhörung der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität mit Prof. Jutta Allmendinger: „Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem gesellschaftlichen Ziel Wirtschaftswachstum und dem Geschlechterverhältnis?“, Montag, 26. September 2011, 13 Uhr, Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal E 700:

http://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/2011/pm_1109203.html

BERLIN – 7. Oktober 2011 Friedensarbeit von Frauen – Standort – Wege – Perspektiven:

„Solidarität und Frieden müssen auf einer soliden Basis stehen, wir müssen in Offenheit und Einfachheit daran arbeiten und ehrlich am Gemeinwohl interessiert sein.“ Diese Beschreibung von Maria Immaculata Lacarra – eine der 1 000 FriedensFrauen weltweit aus Venezuela – steht stellvertretend für unzählige Frauen, die sich weltweit für Frieden und Gerechtigkeit einsetzen. Sie tun das mit Kreativität, Mut und Beharrlichkeit oft auch dann, wenn ihr Leben bedroht ist und ihr Einsatz von Rückschlägen überschattet wird.

Veranstaltung des Frauennetzwerks für Frieden e.V., Bonn und der Friedrich-Ebert-Stiftung: Aus Anlass des 15jährigen Bestehens des Netzwerks wollen wir hören und diskutieren, welche Erfahrungen sie in der Friedensarbeit gemacht haben, was Friedensarbeit, insbesondere von Frauen, heute kennzeichnet, welche Erwartungen sie haben und welche Anforderungen diejenigen, die in Friedensprojekten tätig sind, an Gesellschaft und Politik stellen. Begleitend zu der Veranstaltung wird die Ausstellung „Ohne Frauen kein Frieden“ gezeigt. Veranstaltungsort: Friedrich-Ebert-Stiftung, Haus 2 Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin. Bitte melden Sie sich bis zum 30. September 2011 per mail unter julia.kuehne@fes.de an.

POTSDAM - 28./29. Oktober Potsdamer Rathaus, Symposium „Organisiert die Welt!“: Der Friedensnobelpreisträger Alfred Hermann Fried (1864-1921): Leben, Werk und bleibende Impulse, Rathaus Potsdam: <http://akhf.de/sites/default/files/Flyer.pdf>

HAMBURG – Oktober/November 2011, Seminare „Kreativ und aktiv für Frieden“: Vier Wochenendseminare für junge Erwachsene zu ziviler und gewaltfreier Konfliktbearbeitung. Die noch offenen sind: Kriegsverbrechertribunale & Wahrheitskommissionen 14.- 16. Oktober 2011 und Erinnern und Gedenken nach gewaltsamen Konflikten 11.- 13. November 2011, Veranstaltungsort: W 3 - Werkstatt für internationale Kultur und Politik. Weitere Informationen hier: <http://de-de.facebook.com/event.php?eid=115874468504447>.

ROM – 28. bis 30. Oktober 2011, Europäisches WILPF Treffen: Kontakt: Heidi Meinzolt, meinzolt@wilpf.de.

BERLIN – 3. November 2011, Fachgespräch zu Transitional Justice: Transitional Justice - ein Weg gegen sexualisierte Kriegsgewalt? Strategien zu Konfliktaufarbeitung und Versöhnung am Beispiel Ruanda und südliches Afrika, von 12:30 bis 19 Uhr und ab 20 Uhr öffentliche Podiumsdiskussion, Veranstalter Gunda Werner Institut, Heinrich Böll Stiftung, Schumannstr. 8: <http://www.boell.de/kontakt/kontakt.html>.

BERLIN – 23. November 2011, 10 Jahre nach Petersburg – Wo steht Afghanistan heute?: 9 bis 21 Uhr in der Heinrich-Böll-Stiftung. Weitere Informationen unter: <http://www.boell.de/calendar/VA-viewevt-de.aspx?evtid=10131>.



BONN – 3. bis 5. Dezember 2011, Proteste gegen „Petersberg II“: Sie reden vom Frieden – Sie führen Krieg. Truppen raus aus Afghanistan. Mehr Informationen zu den Protesten, der Antikriegskonferenz etc. unter: <http://www.afghanistanprotest.de/>.



Die nächste **Jahrestagung vom Bund für Soziale Verteidigung** wird zum Thema **Gender und Frieden** stattfinden. Ort und weitere Informationen folgen. Der Termin – **16. bis 17. März 2011** – kann schon vermerkt werden. <http://www.soziale-verteidigung.de/startseite>

Bundesweite Veranstaltungstermine der **Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel** unter: <http://www.aufschrei-waffenhandel.de/Veranstaltungstermine.69.0.html>.



Aktuelle Hinweise zu Veranstaltungen in München und Berlin sind auch auf der IFFF-Webseite unter der Rubrik AKTUELLES nachzulesen: www.wilpf.de. Bei Nachfragen stehen Brigitte Obermayer in München (obermayer@wilpf.de) oder Nina Althoff in Berlin (althoff@wilpf.de) zur Verfügung.

Anne Klein Frauenpreis Nominierungen bis zum 15. Oktober 2011: Für den mit 10 000 EUR dotierten Anne-Klein-Frauenpreis zu Ehren Anne Kleins ruft die Heinrich-Böll-Stiftung zu Nominierungen auf. Mit dem Preis sollen jährlich Frauen, die sich durch herausragendes Engagement für die Verwirklichung von Geschlechterdemokratie auszeichnen, gefördert werden. Weitere Informationen sowie Vergabe- und Nominierungskriterien unter: <http://www.boell.de/stiftung/ehrungen/ehrungen-anne-klein-preis-12505.html>

Umstellung beim Rundbriefversand:

Der Rundbrief soll in Zukunft direkt über die Wilpf-Website versendet. Damit wir alle bisherigen Empfängerinnen und Empfänger auch künftig erreichen, bitten wir darum, dass sich jede und jeder über die Wilpf-Website für den Rundbrief anmelden, falls Ihr das noch nicht getan habt. Dazu gebt Ihr Euren Namen und Eure Adresse ein und wählt bitte den Empfang des HTML-Newsletters aus, da nur mit diesem Format Verlinkungen, Bilder u.ä.m. versendet werden können.

Nach dem Eintrag versendet das System eine E-Mail mit einem Bestätigungslink, den Ihr bitte noch mal anklicken müsst. Erst nach der Bestätigung ist Eure E-Mail Adresse aktiviert. Manchmal werden solche Bestätigungsmails auch als Spam eingeordnet. Falls Ihr keine Bestätigungsmail erhaltet, überprüft bitte den Spamordner oder setzt Euch direkt mit uns in Verbindung.

Zur Rundbrief-Anmeldung: http://www.wilpf.de/cms/front_content.php?idcat=21. Danke sehr!



Anlage 1: Rede anlässlich des Antikriegstages von Irmgard Hofer, vormals Heilberger, Vorsitzende, IFFF-Deutsche Sektion

„Dieser Internationale Frauenkongress protestiert gegen die Auffassung, dass Frauen unter einer modernen Kriegsführung geschützt werden können (1),“ mahnten 1915 die ca. 1000 Frauen, die in Den Haag zusammengekommen waren, um gegen die Gräueltaten des 1. Weltkriegs zu protestieren.

1) zitiert nach : Sabine Hering, Cornelia Wenzel (Hg.) Frauen riefen, aber man hörte sie nicht, Quellenband, ISBN 3-926068-01-9, Kassel 1986, S. 31

Heute, fast 100 Jahre später, besteht die moderne Kriegsführung darin, dass sich die Armeen mit Hilfe teurer Technik selbst schützen und vermehrt Zivilistinnen und Zivilisten zu Opfern der Kriege werden.

You Get what You Pay For heißt unsere Kampagne. Du kriegst Krieg, wenn du Waffen kaufst und Militär bezahlst, du bekommst Bildung, wenn du bereit bist, dafür Geld zu auszugeben. Wir fordern eine Umverteilung: unser Steuergeld soll nicht in Rüstung und Militärausgaben, sondern in friedenssichernde Maßnahmen gesteckt werden, in zivile Konfliktbearbeitung, Armutsbekämpfung, Förderung von Geschlechtergleichheit und Menschenrechte.

1 Billion 464 Milliarden USD wurden im Jahr 2008 für Militärausgaben weltweit ausgegeben, das sind 4 Milliarden USD am Tag, eine Zahl mit 9 Nullen hinter der vier. Wenn Sie nur bis zu einer Million zählen, brauchen Sie 11,5 Tage, wenn Sie ohne Pause bis zu einer Milliarde zählten, bräuchten Sie schon 32 Tage. Nur um die 4 Milliarden täglicher Weltmilitärausgaben in einzelnen Dollars zu zählen würde also mehr als 4 Monate dauern. Das Militärbudget 2008 würde für 700 Jahre UN-Budget reichen oder für knapp 3000 Jahre des Budgets der neuen UN-Einheit „Frauen“. Im Jahr 2009 wurde schon 1 Billion 531 Milliarden für Militär und Rüstung ausgegeben, im gleichen Jahr wurde in Entwicklungsarbeit nicht einmal ein Zehntel dieses Betrags investiert, nämlich 126 Milliarden US-Dollar.

(Quelle: SIPRI –Yearbook 2010)

Nach Angaben des Stockholmer Friedensforschungsinstituts Sipri *(6) stiegen die weltweiten Rüstungsexporte von 1998 bis 2008 um 45 Prozent, allein im Jahr 2007 wurden 1 Billion 339 Milliarden US-Dollar weltweit für Waffen ausgegeben. Deutschland hat in den letzten fünf Jahren den Umfang seiner Rüstungsexporte verdoppelt und den 3. Platz, die Bronzemedaille der Waffendealer erreicht - und das nur mit den sogenannten legalen Rüstungsexporten. Zwischen 2001 und 2009 wurden in Deutschland Rüstungsexportgenehmigungen für insgesamt 63,8 Milliarden Euro und zwar auch an Länder und Krisengebiete im Nahen Osten, in Asien und Afrika, in Länder, die Entwicklungshilfe beziehen. Dass Saudi-Arabien die Lizenz zum Nachbau von Heckler- und Koch-Sturmgewehren nicht im Sinne der Menschenrechte und deutscher Rüstungsexportrichtlinien nutzte, war ja von unseren Politikern nun wirklich nicht vorauszusehen.

Moralisch ist es für mich persönlich sowieso mehr als fragwürdig, ob der Waffengebrauch und die Androhung von Gewalt mit Waffen überhaupt jemals mit den Menschenrechten in Einklang zu bringen ist und welche deeskalierenden Maßnahmen im Vorfeld des sogenannten Notwehr-Einsatzes stehen. Aber selbst bei sachlicher Betrachtung müssen wir feststellen, dass die Rüstungsexporte in den Empfängerländern bestehende Konflikte verstärken, dass unzählige Menschen getötet, verwundet, vertrieben werden oder schwere Traumata erleiden. Vor den verheerenden Zerstörungen durch die Herstellung und den Gebrauch von Atomwaffen und Depleted – Uranium – Geschossen sind Mann, Frau und Kind sozusagen „gleich“ sind. Kleinwaffen sind laut Internationalem Roten Kreuz für 95 Prozent der Getöteten heutiger Kriege verantwortlich: Der Handel mit Kleinwaffen hat durchaus einen „Genderaspekt“: Wie Sarah Masters vom Netzwerk IANSA vor drei Wochen auf unserem Kongress ausführte: Kleine Waffen – große Probleme. 900 Milliarden Kleinwaffen sind weltweit im Umlauf: Jedes Jahr werden weitere 8 Millionen Kleinwaffen und 16 Milliarden Munitionseinheiten produziert - das sind mehr als zwei Geschosse für jeden Mann, jede Frau und jedes Kind auf der Welt. Etwa 75 % der Kleinwaffen befinden sich in den Händen von ZivilistInnen. Es wird geschätzt, dass 80-90 % aller illegalen Kleinwaffen ursprünglich aus dem staatlich sanktionierten Handel stammen. Gewehre werden zu über 90 % von Männern benutzt.

Untersuchungen haben gezeigt, dass Frauen ein drei bis fünffach höheres Risiko haben, von ihren Partnern getötet zu werden, wenn diese in Gewehrbesitz sind.

Ich zitiere aus einem AI-Bericht: Der Missbrauch von Schusswaffen durch Sicherheitskräfte nimmt in dem Maße zu, wie in dem entsprechenden Land eine Kultur der Straflosigkeit herrscht. Gerade weibliche Familienangehörige von Polizisten und Soldaten, die ihre Waffen nach Hause mitnehmen, sind einem erhöhten Gewaltrisiko ausgesetzt. Doch auch wenn Frauen keine direkten Opfer von Schusswaffengebrauch werden,



sind sie indirekt betroffen, wenn sie durch den gewaltsamen Tod der männlichen Familienmitglieder allein für den Unterhalt der Familie sorgen müssen.

Ein Großteil der gegen Frauen gerichteten Gewalt in Kriegszeiten ist ein extremer Ausdruck der Gewalt, die sie in Friedenszeiten erleiden. Immer wieder werden Frauen und Mädchen in bewaffneten Konflikten unter vorgehaltener Waffe vergewaltigt - zum Beispiel in Ruanda, Kroatien, Bosnien oder im Kongo. Gerade in Kriegssituationen sind Frauen erhöhter sexualisierter Gewalt ausgesetzt. Aber auch nach dem Ende des Krieges tragen zurückkehrende Soldaten, oftmals traumatisiert und zu Brutalität 'erzogen' die Gewalt direkt in die Familie hinein. Bringen die Soldaten zusätzlich noch ihre Waffen mit, steigt die Gefahr für Frauen. Gerade nach dem Ende eines Bürgerkrieges verbleiben viele Waffen in Umlauf und bilden so eine konkrete Gefahr für die Stabilität eines Landes.

Laut IANSA, sind 95 % der Gewehrbesitzer in Argentinien männlich. 50 % der Personen, die nach dem sogenannten Gun Buyback 2008 insgesamt 70 000 Waffen und 450 000 Munitionsladungen zur Polizei brachten, waren weiblich, die Frauen wussten warum!

Eine Milliarde US-Dollar kostet der Afghanistan-Krieg täglich, der angebliche Schutz der Bevölkerung und vor allem der Frauen wird jederzeit zugunsten der Soldaten aufgegeben, die Zivilbevölkerung wird vom Luftkriegsterror bedroht. Kriege kostet uns nicht nur Geld. Ein US-Soldat braucht pro Tag 22 Gallones Öl, das sind ungefähr 83 Liter. Die ungeheure Zerstörung der Infrastruktur können wir derzeit Abend für Abend in den Siegesberichten von der NATO-Front sehen. Und Last not Least die Traumatisierungen des Krieges, die nicht nur eine Generation betreffen und die die sogenannten Täter, die Soldaten ebenso betreffen wie die Familienangehörigen derselben sowie die Opfer in den direkt vom Krieg betroffenen Ländern. Mein 88 – Jähriger Vater berichtete mir erst kürzlich, dass er auf seine alten Tage anfängt, von Erlebnissen des 2. Weltkriegs zu träumen, die er jahrzehntelang verdrängt hat.

Zudem ist das Militär in westlichen Demokratien – neben katholischen Seminarschulen vielleicht – noch einer der letzten Rückzugsorte in unserer Gesellschaft einer patriarchalen Kultur.

WAS WOLLT IHR ALSO KAUFEN:

Für 1 Billion 531 Milliarden Waffen und Rüstung

oder

für 102 Milliarden die Auslöschung extremer Armut und extremen Hungers,

für nur 7,2 Milliarden Gleichberechtigung der Frauen oder weltweite Primärerziehung,

für nur 10 Milliarden Dollar die Reduzierung der Kindersterblichkeit?

(Quelle: IPB, 12-2010)

oder wollt ihr ein Kampfschiff, Fregatte 125, im Wert von 650 Millionen € tauschen gegen 9 Jahre Schule für 9 Millionen Kinder in Afghanistan, Diesen Vergleich findet ihr auf unseren Taschen, die ihr am IFFF-Stand zum Selbstkostenpreis von 2 € kaufen könnt.

Anlage 2: Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, Erklärung der IFFF zum 22. Juni 2011 von *Brigitte Schuchard*

Am 22. Juni 2011 jährt sich zum 70. Mal der deutsche Überfall auf die Sowjetunion und damit der Beginn des deutschen Krieges gegen die Sowjetunion. Für den militärischen Überfall - "Unternehmen Barbarossa" - hatte das deutsche Reich nicht einmal einen Vorwand gesucht.

Am 23. August 1939, kurz vor dem Angriff auf Polen, schlossen Deutschland und Russland einen Nichtangriffspakt mit dem geheimen Zusatz, dass sich die beiden Länder Polen aufteilen könnten. Die konkreten Kriegsplanungen für den Krieg im Osten begannen bereits im Herbst 1940. Noch vor Kriegsbeginn gehörten zur Planung verbrecherische Befehle, die die von Hitler geforderte "unerhörte Härte" im Osten gewährleisten sollte.

- Im "**Kriegsgerichtsbarkeitserlass**" vom 13. Mai 1941 wurde bestimmt: "Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht ... gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen ist ...", d.h. die Zuständigkeit für "Straftaten feindlicher Zivilpersonen" und deren Bestrafung wird ins Ermessen des vor Ort verantwortlichen Offiziers gestellt. Der konnte entscheiden, ob jemand als Partisan zu erschießen war. Die sowjetische Bevölkerung war damit der Willkür lokaler Befehlshaber schutzlos ausgeliefert.



- Der "**Kommissarbefehl**" vom 6. Juni 1941 bestimmt, dass politische Kommissare der Roten Armee nicht als Soldaten gelten. "Sie sind, wenn im Kampf oder Widerstand ergriffen, grundsätzlich sofort mit der Waffe zu erledigen" oder sollten im Kampf "nach durchgeführter Absonderung" getötet werden.

Mit beiden Befehlen setzte die Wehrmachtsführung wesentliche Bestandteile des geltenden Kriegsrechts für den Krieg gegen die Sowjetunion außer Kraft.

Dieser Krieg war ohne jeden Zweifel als Vernichtungskrieg geplant und geführt; Ziel war, den "jüdischen Bolschewismus" auszurotten und im Osten "Lebensraum für das deutsche Volk" zu erobern, ein riesiges Kolonialreich bis zum Ural zu schaffen - also "**Erobern und Vernichten**". Hitler selbst sprach immer wieder vom "Vernichtungskampf"; ein großer Teil der militärischen Führung folgte ihm in dieser Auffassung.

Unmittelbar nach der Besetzung begannen im Rücken der Front antijüdische Maßnahmen. Es sollte nicht nur der "jüdische Bolschewismus" ausgerottet werden, sondern die Vernichtung des gesamten europäischen Judentums mit der Ermordung der sowjetischen Juden zu Ende gebracht werden. Die Hauptverantwortung dafür trugen die Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und die Verbände der höheren SS und Polizeiführer. Aber ohne die Zusammenarbeit mit der Wehrmacht hätte der Massenmord an der jüdischen Bevölkerung nicht durchgeführt werden können. Bereits am 29. und 30. September 1941 mordeten die Einsatzgruppen in Zusammenarbeit mit der Wehrmacht in der Schlucht von Babij Jar nahe Kiew 33 771 Kiwer Juden. Drei Jahre später, am Ende der deutschen Besatzungsherrschaft, waren etwa 2 Millionen Juden der Sowjetunion umgebracht worden.

Das "Unternehmen Barbarossa" war als weiterer "Blitzkrieg" geplant - das deutsche Oberkommando des Heeres verzichtete sogar auf die Vorbereitung eines Winterkrieges. Aber der sehr langwierige und besonders verlustreiche Kampf brachte nicht die Eroberung Moskaus im Herbst 1941, sondern war kriegsentscheidend für die deutsche Kapitulation am 8. Mai 1945 in Berlin.

Für die Sowjetunion bedeutete der Krieg trotz des militärischen Sieges und der Ausdehnung des eigenen Machtbereiches eine schwere Katastrophe: Mindestens 27 Millionen Sowjetbürger starben als Opfer in den dreieinhalb Jahren des brutalsten deutschen Krieges zwischen 1941 und 1945; durch die deutsche "Politik der verbrannten Erde" beim Rückzug sind Zehntausende Städte und Dörfer zerstört worden.

Nicht die Verbrechen, die unvorstellbaren Gräueltaten und ungeheuren Opferzahlen im Osten prägten jahrzehntelang die "öffentliche" Erinnerung an den Krieg, sondern die deutschen Verluste und Leiden, die Härten des Klimas ("General Winter"), das Sterben der deutschen Soldaten in Stalingrad, der Schrecken des Kriegsendes und vor allem die Vertreibung der 11 Millionen Deutschen aus den Ostgebieten.

Nach 1945 wurden in Deutschland wenige Kriegsverbrecher verurteilt - die meisten blieben unbehelligt und konnten ihre Karrieren fortsetzen, auch durch die baldige Neugründung einer deutschen Bundeswehr. Der "Kalte Krieg" und der radikale Antikommunismus verhinderten eine Annäherung und Versöhnung der verfeindeten Staaten.

Erst seit den Neunziger Jahren richtet sich unser Blick allmählich auch auf die Leidensgeschichte unserer Nachbarn und verdrängt das Ausmaß der Folgen nicht mehr total. Die Erkenntnis, dass in Europa und im Osten eine ganze Generation von Männern traumatisiert wurde, verhinderte allerdings nicht, dass deutsche Soldaten "im Namen des deutschen Volkes" wieder in Kriege verwickelt sind.

Rückfragen bitte an: Brigitte Schuchard, bri.schuchard@web.de

Zur Erklärung auf der Webseite: <http://www.wilpf.de/themen/abruestung/vernichtungskrieg-gegen-die-sowjetunion.html>

WILPF Deutsche Sektion: www.wilpf.de
WILPF Internationales Büro: www.wilpfinternational.org
WILPF Projekt „Peace Women“: www.peacewomen.org
WILPF Projekt „Reaching Critical Will“: www.reachingcriticalwill.org